

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 18.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro gewöhnliche Seite ober deren Raum 25, für Zahlt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 2. Mai 1908.

Verlag: A. Bohrerberg, Hannover, Mühlstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Schneider, Hannover, Mühlstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. H. Meister & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

Streits oder Aussperrungen

bestehen in Dresden, Hamburg, Schönlanke, Bergedorf, Mellendorf, Wolgast, Sainstadt und Friedland i. M.

An Streits oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Lauenburg, Rannheim, Gotha und Röllermoor.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Zur Landarbeiterorganisation.

Die Frage, welche Organisationsform für die Landarbeiter die zweckmäßigste ist, war schon wiederholt Gegenstand öffentlicher Diskussion. Die sozialdemokratische Partei, wie die freien Gewerkschaften (neuerdings auch die christlichen) haben sich in gleicher Weise damit beschäftigt. Namentlich die ostpreussische Parteiorganisation hat viel Zeit und Fleiß angewandt, um eine geeignete Form zu finden. Auch in der Presse ist die Frage wiederholt angeschnitten worden. Dabei ist natürlich nicht immer Gutes herausgekommen. Das Allerverstehteste war wohl der Artikel des Genossen Marchionini in der „Neuen Zeit“ (24. Jahrgang, 2. Band, Seite 605 u. f.), betitelt „Massenstreit und Landarbeiter“. Erklärlich ist er nur aus der damaligen Stimmung heraus; inzwischen haben sich ja die mehr oder weniger gelehrten Massenstreittheoretiker dem realen Boden wirtschaftlichen Geschehens wieder etwas genähert, und auch Genosse Marchionini dürfte eingeschlagen haben, daß er daneben geschrieben hat. Sein Vorschlag, unter den Landarbeitern den Massenstreit zu propagieren, hatte ungefähr soviel für sich, wie der Versuch eines Lehrers, den A-B-C-Unterricht mit Niesches „Zarathustra“ zu beginnen.

Sehr viel besser, von praktischer Erfahrung und scharfer Beobachtung zeugend, ist ein anderer Artikel über die Landarbeiterorganisation im selben Bande der „Neuen Zeit“ (Otto Albrecht: Zur Frage der Landarbeiterorganisation. 24. Jahrg., 2. Bd., S. 588 u. f.) Albrecht befürwortet eine selbständige Landarbeiterorganisation mit Landesverbandsabteilungen. Besonders Wert legt er auf die Presse. Allerdings dürfte der Vorschlag, den Bezirksleitungen die Herausgabe von Bezirksblättern zu übertragen und vom Hauptvorstand nur ein monatliches Zentralblatt herauszugeben, an allerlei Schwierigkeiten scheitern. Beachtenswert erscheint der Vorschlag, die Beiträge zur Organisation in Form von Abonnementkosten für das Verbandsorgan einzuziehen. Jedenfalls bietet der Artikel eine Reihe beherzigenswerter Vorschläge.

Es liegt nicht im Rahmen dieser Ausführungen, alle Projekte über Landarbeiterorganisationen zu besprechen. Vieles von dem Vorgesprochenen erscheint unzweckmäßig, manche scheinbar zweckmäßige Maßnahme wird sich als undurchführbar und manche durchgeführte als verfehlt erweisen. Da wird die Praxis Lehrmeisterin sein müssen. Hier sollen nur einige besonders wichtige Maßnahmen, die jede fernere Erfahrung eigentlich erst ermöglichen, kurz auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden. Oder besser, es soll untersucht werden, inwiefern für unsern Verband die Durchführung dieser Maßnahmen notwendig, nützlich und möglich ist.

Soll unser Verband auch fernerhin die Organisation der Landarbeiter übernehmen, so muß für diese Aufgabe ein festes Programm, eine sichere Grundlage geschaffen werden. Im alten Schlandrian geht es nicht, das hat die Zusammenstellung der „Erfolge“ unserer bisherigen Tätigkeit zur Genüge bewiesen. Vor allem müßten Stützpunkte für die Agitation und Organisation in Form von Bezirksleitungen mit mindestens einem besoldeten Beamten an der Spitze, geschaffen werden. Aufgabe dieser Bezirksleitungen wäre es zugleich, den ländlichen Arbeitern Ratgeber in Rechtsfragen zu sein. Sie müßten gewissermaßen die auf dem Lande noch fehlenden Arbeitersekretariate ersetzen. Gerade diese Tätigkeit der Bezirksleiter wird die Sammlung des in der Resolution Zieg geforderten Materials erst ermöglichen. Auch wird die Gewährung urenprünglicher Rechtshilfe zahlreiche Landarbeiter zu Freunden der Organisation machen.

Diese vielseitige und verantwortungsvolle Tätigkeit kann die Bezirksleitung aber nur dann erledigen, wenn: das Gebiet, das sie zu bearbeiten hat, nicht zu groß ist. Es müßten also in den verschiedenen Landesteilen solche Bezirke eingerichtet werden. Fünf Bezirksbeamte wären u. E. selbst für den Anfang das Allerniedrigste.

Außerdem wäre eine eigene Zeitung für die Landarbeiter notwendig. Nicht in Form einer Beilage zum „Proletarier“, das würde ebenso unpraktisch wie kostspielig sein, sondern ein durchaus selbständiges Blatt mit eigener Redaktion. Da eine Zeitung für Landarbeiter auf das Verständnis ihrer Leser wie auf die Schlingen des Gesetzes in gleicher Weise Rücksicht nehmen muß, so wäre es durchaus verkehrt, die

Redaktion einem Kollegen gewissermaßen im Nebenamt aufzubürden.

Das wären die beiden wichtigsten Einrichtungen, die sich übrigens in ihren Grundlinien mit den in der Resolution Zieg geforderten decken. Betrachten wir die Sache nun einmal von der finanziellen Seite.

Die Unterhaltung einer Bezirksleitung mit einem besoldeten Beamten kostet uns einschließlich Gehalt, Miete, Porto, Diäten, Fahrgehalt, Bureaukosten usw. jährlich rund 5000 Mark. Die ländlichen Bezirksleitungen werden nicht billiger sein. Mithin würden wir für die vorgeschlagenen fünf Bezirksleitungen 5 mal 5000 = 25 000 Mark aufwenden müssen.

Die Zeitung würde, bei 3000 Exemplaren, im Format des „Proletariers“ und 4 Seiten stark, pro Nummer an Druck und Porto rund 150 Mark kosten; wöchentliches Erscheinen vorausgesetzt also jährlich $52 \times 150 = 7800$ Mark. Dazu kämen für Redaktion usw. noch jährlich ca. 3000 Mk. (Als Beilage zum „Proletarier“, wie die Resolution Zieg das fordert, würde uns ein zweifelhafte Blatt schon fast 30 000 Mark jährlich kosten.) Die Rechnung stellt sich demnach so:

Für 5 Bezirksleitungen	25 000 Mk.
Für die Zeitung, insgesamt	10 800 „
	Ca. 35 800 Mk.

Diese 35 800 Mk., die, wie schon erwähnt, allermindestens aufgewendet werden müssen, bilden selbstverständlich nur einen Bruchteil der notwendigen Ausgaben. Dazu kämen noch, von den Verwaltungskosten der Zentrale ganz abgesehen, die Summen, die für Unterstützungen aufgewendet werden müssen. In erster Linie wären Rechtshilfe- und Gemeindeförderungunterstützung zu nennen, dann Umzugs- und Sterbeunterstützung. Von der Krankenunterstützung müßte, wie schon gelegentlich erwähnt, schon aus verwaltungstechnischen Gründen abgesehen werden. Dafür dürften sich aber sehr bald Ausgaben für Streikunterstützung notwendig machen. Welche Summen für diese Unterstützungen aufzuwenden sein werden, läßt sich natürlich nicht einmal schätzen. Jedenfalls werden sie nicht niedrig sein, soweit Rechtshilfe und Maßregelung in Betracht kommt.

Nun zu den Gegenleistungen. Wir nehmen dabei die in der Resolution Zieg vorgeschlagenen Beiträge zur Grundlage einer kurzen Berechnung. Danach soll von jedem in der Landwirtschaft beschäftigten Mitgliede ein Wochenbeitrag von 20 Pf. erhoben werden. Würde nun jedes dieser Mitglieder jährlich 50 Beiträge bezahlen und von diesen Beiträgen würden 75 Prozent in die Hauptkasse fließen, so erhielte die letztere von jedem Mitglied jährlich 7,50 Mk., von den 2160 bei uns organisierten mithin 16 200 Mk.! Diese Summe dürfte, wie schon erwähnt, ausreichen, um die eingeleiteten Unterstützungen davon zu bezahlen, weiter aber auch nicht. Ueberdies bildet sie nicht einmal die Hälfte dessen, was allein für Bezirksleitungen und Presse aufgewandt werden müßte. Zweifellos ein sehr arges Mißverhältnis. Das wird sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern, denn die Ausgaben werden wahrscheinlich eben so schnell steigen, wie die Mitgliederzahl. In dem Pfeffer liegt nämlich der Hase! Die Ausgaben für Agitation und Organisation finden bei den Landarbeitern verhältnismäßig weit höher wie bei den Industriearbeitern. Warum, braucht hier wohl nicht noch einmal auseinanderzusetzen zu werden.

Es gibt nun für uns verschiedene Wege, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

1. Wir können die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe aus den Beiträgen unserer übrigen Mitglieder decken.

Dagegen sprechen Gründe der Billigkeit: die Organisation der Landarbeiter liegt im Interesse aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, und es wäre ungerade, die Kosten hierfür von einer Organisation, und noch dazu von einer, die in ihren eigenen Reihen noch sehr viel zu tun hat, aufbringen zu lassen.

2. Wir können die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang bringen, indem wir einfach nicht mehr für die Landarbeiter aufwenden, wie ihren Beiträgen entspricht.

Das hieße noch weniger tun wie bisher — dabei würden wir es natürlich nie zu einer nennenswerten Zahl organisierter Landarbeiter bringen. Der Weg ist also ungangbar.

3. Wir können die Einnahmen den notwendigen Ausgaben anpassen, d. h. die Beiträge der Landarbeiter nicht auf 20 Pfennig, sondern entsprechend höher bemessen.

Das wäre gerade die entgegengesetzte Maßregel wie die unter Punkt 2 erwähnte, sie würde aber voraussichtlich den gleichen Erfolg zeitigen. In demselben Maße, wie wir den Beitrag steigern würden, würde die Mitgliederzahl fallen.

4. Wir können mit der Generalkommission, als mit der Vertreterin der gesamten Gewerkschaften, vereinbaren,

daß uns zu den Kosten der Landarbeiteragitation ein Zuschuß gewährt wird.

Einen solchen Zuschuß würden wir natürlich nur dann erhalten, wenn wir der Generalkommission Kontroll- und Einspruchsrecht über und gegen uns einräumen würden. Damit würden wir uns, als Organisation mit rund 130 000 Mitgliedern, gewissermaßen unter Kuratel stellen lassen. Das wäre ein durchaus unwürdiger Zustand, den wahrscheinlich niemand von unsern Mitgliedern wünschen wird, ganz abgesehen von den sonstigen Schwierigkeiten und Mißheiligkeiten, die daraus entstehen könnten.

Bleibt noch eine fünfte Möglichkeit:

Wir billigen oder beantragen die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation, die von der Gesamtheit der freien Gewerkschaften unterstützt wird.

Dadurch würden alle Schwierigkeiten in finanzieller Hinsicht behoben.

Aber, gesetzt den Fall, unsere Mitglieder erklärten sich bereit, jährlich viele Tausende für die Organisation der Landarbeiter aufzubringen, würden wir dann dasselbe leisten können, wie eine selbständige Organisation? Durchaus nicht! Es bliebe zum Beispiel immer noch die Schwierigkeit, in den einzelnen Orten Stützpunkte für die Organisation zu gewinnen. Wir haben nur in sehr wenig ländlichen Orten Zahlstellen, und Mitglieder anderer Verbände werden uns wenig oder gar nicht unterstützen. Anders, wenn die Landarbeiter selbständig organisiert sind und die Generalkommission in Vertretung sämtlicher Gewerkschaften als Protektor dahinter steht. Dann können und werden Mitglieder aller Verbände zur Hilfe herangezogen werden. Es bliebe ferner die Schwierigkeit, eine aus so verschiedenen Berufsgruppen zusammengesetzte Organisation zu übersehen und zu leiten. Es bliebe drittens ein psychologisches Moment: die Abneigung der Landarbeiter, sich gewissermaßen als Anhängel eines andern Verbandes organisieren zu lassen. Noch weit mehr ließe sich anführen, aber schon das Wenige genügt als Beweis, daß alle Einrichtungen und Aufwendungen, die im Rahmen unsres Verbandes getroffen werden, eine selbständige Landarbeiterorganisation nicht ersetzen können.

Somit gegen den zweiten wesentlichen Einwand gegen die selbständige Landarbeiterorganisation. Mit einigen nebenbei erwähnten Einwänden beschäftigen wir uns im nächsten und letzten Artikel.

Die Gewerkschaften und die preussischen Landtagswahlen.

Am 3. Juni dieses Jahres finden in Preußen die Urwahlen und am 16. Juni die Abgeordnetenwahlen für den Landtag statt. Diese Wahlen sollen zum ersten Male dem arbeitenden Volk Preußens die Tore des Dreiklassenparlamentes öffnen. Sie sollen den Vertretern des Volkes Sitz und Stimme im Landtag verschaffen, nicht bloß um mitzuwirken in preussischen Angelegenheiten, sondern auch um den Protest gegen das Dreiklassenwahlrecht hineinzutragen in das Haus der Abgeordneten. Die Tribüne des Landtags soll zum Tribunal des preussischen Wahlunrechts werden.

Was geht die deutschen Gewerkschaften dieser Wahlkampagne an? Was haben sie von diesem Wahlausschlag zu erwarten? Die Gewerkschaften sind keine politischen Wahlvereine, sondern Organisationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder. Sie müssen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, können sich aber nicht in die politischen Wahlkämpfe einmischen. Trotzdem kann ihnen der Ausgang solcher Wahlkämpfe nicht gleichgültig sein, denn die gesetzgebenden Körperschaften beschließen über die Rechtsnormen, die die Arbeitsbedingungen regeln oder privater Regelung entziehen, oder welche die wirtschaftlichen Kämpfe und die Formen der Vertragsabschlüsse berühren. Sie entscheiden über das Maß der Durchführung solcher Gesetze und über die Behörden und Instanzen ihrer Durchführung und Überwachung. Und die Gewerkschaften haben schon oft begründeten Anlaß gehabt, gegen Aktionen der Gesetzgebung anzukämpfen, die ihre vitalsten Lebensinteressen zu schädigen drohten. Aber die Gewerkschaften brauchen Gesetze zur Sicherung dessen, was sie errungen haben; sie erwarten von der Gesetzgebung, daß sie die Arbeiter schützt. Sie müssen daher den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften fortgesetzt ihr Augenmerk zuwenden, ihnen Material über soziale Zustände und nachteilige Erscheinungen übermitteln und Reformen fordern, zugleich aber auch die Operationen der Gegner überwachen und rechtzeitig die geeigneten Abwehrmaßnahmen ergreifen. Als Objekte der Gesetzgebung können sie nicht gleichgültig zur Seite stehen, wollen sie nicht Opfer der Gesetzgebung werden. Wer nicht Ambos sein will, muß Hammer werden!

Was aber von der Gesetzgebung im allgemeinen gilt, gilt von den Landtagen nicht minder wie vom Reichstage. Vor allem darf der preussische Landtag in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Obwohl der größte Teil der Arbeitergesetzgebung (Arbeitervertragsrecht, Arbeitererziehung, Arbeiterversicherung) im Wege des Reichsrechts geregelt, sind auch heute noch wichtige Gebiete seiner Zuständigkeit entzogen. Das Bergrecht und damit zugleich das Bergarbeiterrecht wird zurzeit noch landesgesetzlich geregelt, was die Bergarbeiter zu ihrem Schaden im Jahre 1905 erfahren mußten. Wenn es sich um eine Frage im Reichstage handelte, so würde diese Sache dort ganz anders behandelt werden als im preussischen Abgeordnetenhaus oder Herrenhaus, erklärte Herr Bauer am 7. Februar 1906 im Verein deutscher Reichstagsdeputierten, als er seiner Meinung darüber Ausdruck gab, daß die Bestimmungen des preussischen Bergarbeitergesetzes so gemäßigt ausgefallen seien. — Zuständig ist ferner die Landesgesetzgebung für den größten Teil des Bauarbeitergesetzes, der dafür denn auch

Uebersichtstabelle über die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1908.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl, Zu- oder Abnahme, Arbeitslose Mitglieder, and Verbandsunterstützung. It provides detailed statistics for various regions and their unemployed members.

41 828,48 Mk. Die gesamten Reserven betragen nahezu die Hälfte des 3 100 000 Mk. betragenden Aktienkapitals, nämlich 1 500 000 Mk. Eine Dividende von 22 Prozent = 6 520 000 Mk. wurde an die schwer arbeitenden Aktionäre verteilt.

Auch die Linoleumfabrik 'Schliffelmarke' hat wieder ein fettes Dividendenjahr hinter sich. Aus dem Bericht von dem Aufsichtsrat erfahren wir: Ein schließlich eines Vortrages aus 1906 von 79 785,72 Mk. ergibt sich ein Gewinn von 1 155 003,72 Mk.

* Gafferode bei Bernigerode. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag, dem 23. April in der Gafferoder Aktien-Walchinen-Papierfabrik. Der Arbeiter Köppler wollte einen Saft Strohpappe durch eine Luke herunterwerfen.

* Kiel. Unter recht ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen hat die hiesige Zahlstelle in den letzten Monaten zu leiden gehabt. Auch die Arbeitslosigkeit einen so hohen Grad erreicht wie im verflochtenen Quartal.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1908 haben eingesehen: Hagen, Heubach, Kolbner, Kuslan, Eiterwinden, Friedrichsfeld, Reamünster, Langelsheim, Amstade, Striegen, Baugen, Neu-Beckum, Neufeld, Redder, Gajman, Langens, Dönnabrad II, Hühndorf, Baleschhausen, Erker, Frankfurt a. M., Braunschweig, Heilbronn, Altenburg, Edersteden, Glogau 4. Qu. 1907 und 1. Qu. 1908, Lauterbach, Darnstadt, Hama, Krefeld, Dönnig a. G., Pommersdorf, Fimberg, Oberndorf, Dittersbach, Hala a. G., Schwabach, Hadesheim, Halle a. S., Kienberg, Großenhain, Kötha, Wender a. Gabel, Dönnig, Kottbus, Großswald, Frankfurt a. O., Götterode, Hartha, Königslutter, Ritzendorf, Geseffacht, Ura a. D., Ehlen a. Rügen, Ralente, Schwednitz, Schoppeim, Röhrenleben, Grante, Jochheim, Feggenheim, Ebditz, Maudach, Althausen, Bries bei Breslau, Bieg, Sonneberg, Klausener Grund, Offenbach, Krefeld, Kiel, Schönfeld, Schwanen, Konstan, Spilling, Biblis, Schönheide, Emdorf, Gumb, Falkenberg, Greifenberg i. F., Neustadt i. Schl., Kattstedt, Burg auf Jeßmar, Preez, Plauen i. V., Schöngast i. D., Bilsdorf, Sommerfeld b. D., Dierode

sozialen Hause zu Kiel tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik-, Hand-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen verurteilt auf das schärfste, daß der Vorstand des hiesigen Verbands die Verhandlungen in Sachen der Landarbeiter unausgeführt ließ.

* Köln a. Rh. Die Arbeiter der Firma Clouth, Gummi-fabrik in Köln-Nippes, sind trotz der hohen und zahlreichen Lohnabzüge nicht zu bewegen, endlich einmal der grenzenlosen Ausbeutung der Firma entgegenzutreten.

* Stuttgart-Bannhof. Zum vierten Male innerhalb dreier Jahre hatten wir am Karfreitag einen Geschäftsführer für unsere Zahlstelle zu wählen. Zweimal war Krankheit und einmal Unfähigkeit die Ursache des Rücktritts der bisherigen Beamten.

Verbandsnachrichten.

Vom 3. April ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Effenbach a. R. 704,49. Roswig (Anhalt) 600,—. Krenseld 596,02. Heilbronn 438,04. Pinnenberg 310,74. Hildesheim 204,29. Barmstadt 185,41. Güttenrode 185,02. Konstan 183,84. Neterien 162,14. Ralente 147,92. Frankfurt a. R. 145,38. Jggelheim 144,14. Schwanberg i. S. 120,—. Königslutter 98,12. Greifswald 81,72. Edersteden 74,87. Schoppeim 71,76. Edersteden 67,98. Wandaub 59,02. Grante 50,74. Schwednitz 41,08. Schlen 34,18. Eisenberg (S.-A.) 28,—. Preez 17,20. Schwabach 16,14. Kötha 30,80. Rundenheim 10,—. Kottbus 11,24. Hala a. G. 11,08. Plauen 10,79. Lauterbach 1,90. Ritzendorf (Mars) 1,35. Spilling 169,64. Schmiedeburg i. R. 52,21. Feggenheim 50,70. Schildröhe 41,58. Schwitz 13,40. Altona 1070,37. Pommersdorf 299,18. Darnstadt 184,52. Hama 183,26. Schönfeld a. G. 173,66. Oberberg i. R. 147,76. Dittersbach 77,38. Burg 57,22. Oberndorf 33,72. Hühndorf a. M. 1343,56. Walderberg 2. Chemnitz 402,32. Neustadt a. G. 81,86. Röhrenleben 66,40. Bieg 56,76. Schönheide 48,80. Wschaffenburg 46,30. Biblis 5,36. Jggel 418,86. Gumb 255,—. Wülfel 139,80. Kattstedt 129,92. Dönnabrad I 104,76. Schwanen 75,26. Neustadt i. S. 24,80. Altenburg (S.-A.) 0,50. Plauen 1000,—. Sebnitz 350,70. Neustadt (D.-Schl.) 45,40. Oberamtsstadt 40,65. Glashütten 275,38. Emdorf (S.-R.) 3,30. Dresden 800,—. Krefeld 159,50. Hartha i. S. 150,—. Köge 194,92. Müllersheim 79,90. Hühndorf i. Schl. 53,90.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1908 haben eingesehen: Hagen, Heubach, Kolbner, Kuslan, Eiterwinden, Friedrichsfeld, Reamünster, Langelsheim, Amstade, Striegen, Baugen, Neu-Beckum, Neufeld, Redder, Gajman, Langens, Dönnabrad II, Hühndorf, Baleschhausen, Erker, Frankfurt a. M., Braunschweig, Heilbronn, Altenburg, Edersteden, Glogau 4. Qu. 1907 und 1. Qu. 1908, Lauterbach, Darnstadt, Hama, Krefeld, Dönnig a. G., Pommersdorf, Fimberg, Oberndorf, Dittersbach, Hala a. G., Schwabach, Hadesheim, Halle a. S., Kienberg, Großenhain, Kötha, Wender a. Gabel, Dönnig, Kottbus, Großswald, Frankfurt a. O., Götterode, Hartha, Königslutter, Ritzendorf, Geseffacht, Ura a. D., Ehlen a. Rügen, Ralente, Schwednitz, Schoppeim, Röhrenleben, Grante, Jochheim, Feggenheim, Ebditz, Maudach, Althausen, Bries bei Breslau, Bieg, Sonneberg, Klausener Grund, Offenbach, Krefeld, Kiel, Schönfeld, Schwanen, Konstan, Spilling, Biblis, Schönheide, Emdorf, Gumb, Falkenberg, Greifenberg i. F., Neustadt i. Schl., Kattstedt, Burg auf Jeßmar, Preez, Plauen i. V., Schöngast i. D., Bilsdorf, Sommerfeld b. D., Dierode

a. H., Neustadt i. Holst., Kahl, Selmsdorf, Chemnitz, Straubing, Nadeberg, Oberberg, Anklam, Braunkage, Moschendorf, Friedland b. Breslau, Neustadt b. Koburg, Sebnitz, Hühndorf i. Schl., Elbing, Strehlen i. Schl., Reinfeld, Dönnabrad I, Müllersheim.

Verloren und für ungültig erklärte Bücher. Nr. 182 672. Guido Hauken, eingetreten am 17. Juli 1906 in Söndheide. Nr. 146 177. Friedrich Marcjinsky, eingetreten am 19. März 1906 in Stettin. Nr. 172 556. Otto Bernel, eingetreten am 8. Mai 1906 in Meissen. Nr. 300 990. Friedrich Koch, eingetreten am 2. Dezember 1907 in Hannover. Wiedergefunden ist das in Nr. 17 als verloren veröffentlichte Buch Nr. 20 689 auf den Namen Wolfgang Seidel, eingetreten am 14. Mai 1908.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Biblis. Mill. Müller. Bielefeld. W. Castrup, Weberstraße 5. Reise- und Expeditions-Unterstützung wird Weberstraße 5, im Bureau des Textilarbeiter-Verbandes, ausbezahlt. Dasselbe ist geöffnet von 10 bis 1 Uhr vormittags und 5 bis 7 1/2 Uhr nachmittags. Bentzen (D.-Schl.). I. Podemski, Birchowstraße 10, Seitenflügel rechts, 1. Et. Gajman. W. Brielle, Nordstraße 20. Gajman. Robert Deichsel, Bahnhofstraße 6. Kiel. Bernhard Prothmann, Knooperweg 124, 4. Et., 1. Bevollmächtigter. Bureau: F. Kunz, Fahrstraße 24, 8. 16, Gewerkschaftshaus. Maudach. Julius Köhler, Gartenstraße 4, 2. Et. Schönheide (Ergeb.). Albin Schulze, Schädlichberg. Schwednitz. Heinrich Eichhorn, Kleischauerstr. 7, 4. Et. Trebnitz i. Schl. Joh. Kiewewetter, Birkenwegstraße 1. Bieg. Karl Ehrenberg, Wilhelmstraße 26. Wolmirstedt. (Bezirk Magdeburg.) Wilhelm Demyle, Kleine Hinterstraße. Sämtliche Unterstützungen wurden bei G. Voigt, Große Hinterstraße 211, ausbezahlt.

Briefkasten. Münden (Hannover). Wir können derartige Anträge zum Versammlungsbesuch nicht aufnehmen, so gut sie auch gemeint sind. In die Agitation sollen doch vornehmlich die Arbeiter kommen, die noch nicht Mitglied des Verbandes sind; die lesen doch aber den 'Proletarier' nicht und folglich wird die schöne Lust nicht in die Versammlung bringen. — Bitterfeld. Zahlstellenmangel fehlt, auch sollen nur Berichte eingereicht werden, die die Allgemeinheit interessieren. — Hg. Dr. u. Röhren. Für Ueberendung des Materials besten Dank. — Köln. Inserate von Geschäftsführern, Gastwirten usw. werden bis auf weiteres im 'Proletarier' nicht mehr aufgenommen. — Hamburg. Nur infolge Raummangels verspätet.

Inferate. Zahlstelle Groitzsch i. S. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, im alten Schützenhaus statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mit vollständigen Erscheinungen bitten Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hamburg. Versammlungen der Distrikte: Billwärder: Dienstag, 12. Mai, bei Fischer, Billwärder 60. Hamburg: Mittwoch, 13. Mai, bei Planoth, Theißfeld 21. St. Georg: Mittwoch, 13. Mai, im Gewerkschaftshaus, 3. 1 und 2. Eingang vom Garten. Wandseel: Mittwoch, 13. Mai, im Gewerkschaftshaus, Sternstraße. Gamm: Mittwoch, 13. Mai, bei Ritter, Borkelmannsweg 64. Emsbüttel: Donnerstag, 14. Mai, bei H. Struck, Brückallee 70. Rotherburgsdorf: Donnerstag, 14. Mai, in Paul Bocks Salon. Ulfenhorst: Donnerstag, 14. Mai, bei Fr. Möller, Ede Bach- und Magerstraße. Barmbeck: Donnerstag, 14. Mai, bei Mauss, Ede Hochland- und Mauerstraße. Winterhude-Spandorf: Donnerstag, 14. Mai, bei A. Herzberg, Barmbeckerstraße. Eilbek: Donnerstag, 14. Mai, bei A. Albers Ww., Wandseel Chaussee 249. Wilhelmsburg: Sonnabend, 9. Mai, bei Fr. Schnack, Vogelbüttenweg. Steilungen-Langens: Sonnabend, 9. Mai, bei J. Lange, Kieckstr. 161. Schnelsen: Sonnabend, 9. Mai, im 'Schnecken Hof'. Da sich eine Anzahl Distrikte mit dem bevorstehenden Verbandstag beschäftigen, wird ein zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Münden. Die Mitglieder von Porta und Umgegend machen wir hiermit nochmals darauf aufmerksam, daß am Sonntag, 10. Mai, im Solale des Herrn Dietrich Fricks in Kerbed unsere Monatsversammlung stattfindet. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Bevollmächtigten. NB. Die Mitgliedsbücher sind zu dieser Versammlung mitzubringen. Zahlstelle Weimar. Vom 1. Mai ab wird die Reise-Unterstützung im Volkshaus, Dorfstraße, ausbezahlt. Unsere Versammlungen finden von jetzt ab im Volkshaus statt, und zwar die erste am 2. Mai. Zahlreiche Erscheinungen der Mitglieder sind erwünscht. Die Bevollmächtigten.

Ein lehrreicher Vergleich.

Die Abrechnung unseres Verbandes für das Jahr 1907 gibt uns Veranlassung zu einem Vergleich, der besser wie lange Reden und Schriften die glänzende Entwicklung der Organisation bezeugt. Wir haben die Mitgliederzahlen, sowie die wichtigsten Einnahme- und Ausgabenposten für die Jahre 1892, 1897, 1902 und 1907 (fünfjährige Perioden) zusammengefasst und hoffen, daß die Zahlen im Kreise unserer Mitglieder, vielleicht auch in den Kreisen der Unternehmer einige Beachtung finden. Sie sind für Zweifler und Scharfmacher von gleichem Wert. Die ersteren können daran erkennen, wie reiche Früchte die emsige Arbeit und die Opferfreudigkeit der organisierten Arbeiter trägt, und die letzteren mögen aus dem Ergebnis die Ueberzeugung schöpfen, daß ihr wütender Kampf wider die Organisation ein aussichtsloses Beginnen ist und daß sie besser tun, mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen und die Gewerkschaften als berufene und berechnete Vertreter der Arbeiter anzuerkennen.

In der nachstehenden Tabelle sind Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse, letztere spezialisiert, aufgeführt:

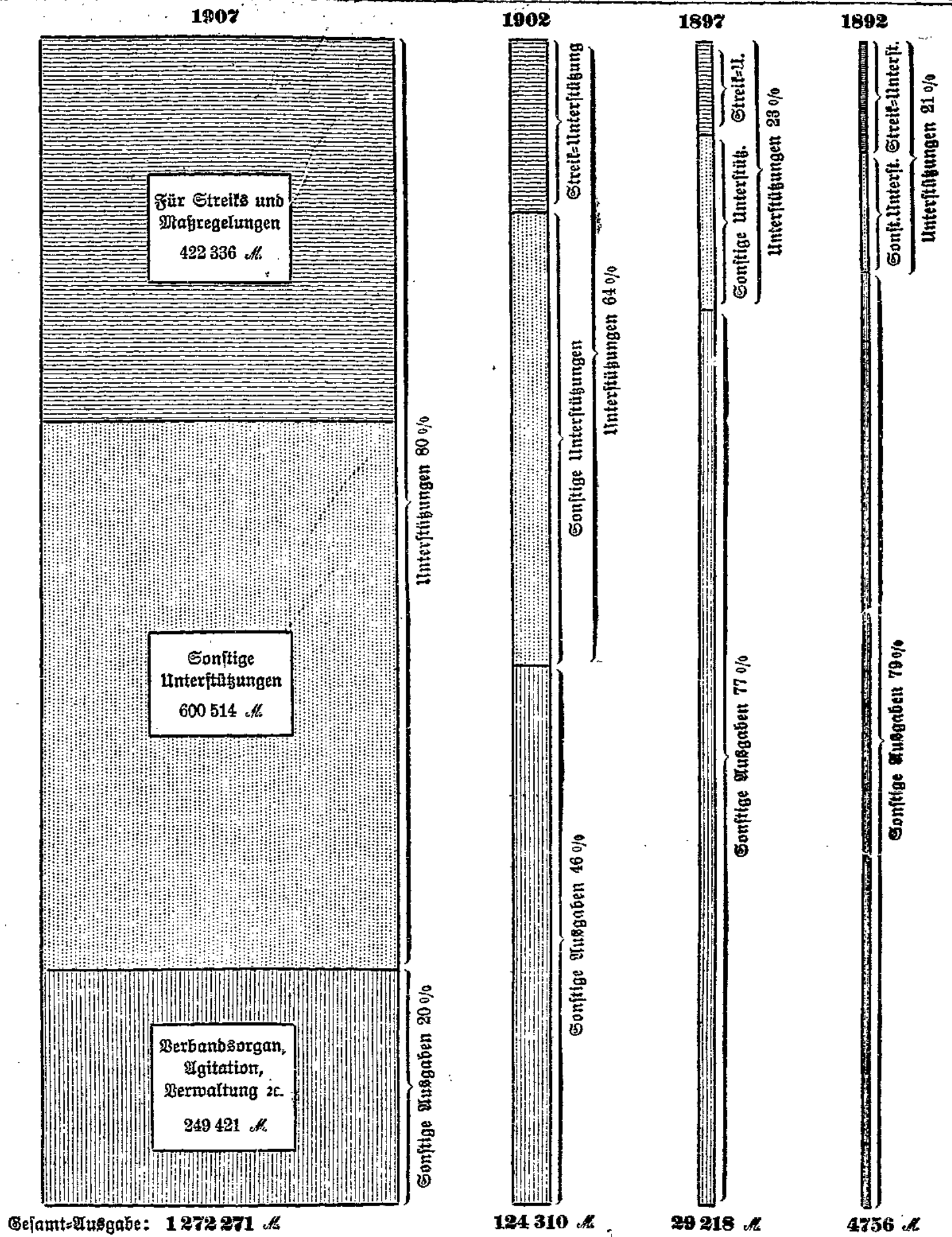
	1892	1897	1902	1907
Mitglieder	3177	17 505	31 866	136 885
Einnahme	9283	79 650	370 868	2 800 781
Ausgabe				
für Streiks	—	13 268	39 164	388 269
„ Gewahrgeld	563	874	9 030	34 067
„ Umzugsgeld	—	665	5 313	15 716
„ Sterbegeld	—	—	6 726	16 528
„ Nachschuß	159	719	1 775	9 299
„ Reise-Unterstützung	311	2981	5 236	—
„ Krankenunterst.	—	—	—	558 971
„ Arbeitslosenunterst.	—	—	—	—
„ Verbandsorgan	759	6547	15 255	72 219
„ Agitation	1018	1908	21 285	56 721
„ Verwaltung (persönlich)	1039	2135	6 338	25 964
Sonstige Ausgaben u. sachl. Verwaltungslofen	907	12 041	14 188	94 517
Prozente an die Lokalkassen	2135	20 505	77 160	433 512
Kassenbestand am Jahreschlusse	2392	18 007	169 398	1 094 998

Noch instruktiver wie die Tabelle ist die nebenstehende Zeichnung. Die Stäbe bedeuten die Gesamtausgabe für das betreffende Jahr. Jeder Stab ist in drei Felder geteilt. Das oberste stellt die Ausgaben für Streiks und Maßregelungen, das zweite die sonstigen Unterstützungen und das dritte die Ausgaben für Agitation, Verbandsorgan, Verwaltung usw. dar. Ein Vergleich der vier Stäbe zeigt mit frappanter Deutlichkeit die Veränderung im Verhältnis der Ausgaben. Während in den Jahren 1892 und 1897 die Unterstützungen weniger als ein Viertel der gesamten Ausgaben bilden, dreiviertel aber für sonstige Ausgaben aufgewendet werden müssen, steigt die Ausgabe für Unterstützungen 1902 schon auf 46, 1907 aber auf 80 Prozent. Die Ausgaben für Agitation usw. bilden jetzt nur noch ein Fünftel der Gesamtausgabe. Diese Veränderung ist einmal auf die erhöhten Beiträge und Einführung neuer Unterstützungsweize, dann aber auch auf das rationellere Wirtschaften eines großen Verbandes zurückzuführen. Sie bildet also ein wertvolles Argument gegen die Zersplitterungsbestrebungen der lokalistischen, christlichen und Hirsch-Dücker'schen Gewerkschaften.

Die Quadrate stellen die Zunahme an Mitgliedern dar. Die Größe des Quadrats entspricht der Mitgliederzahl in dem betreffenden Jahre. Eine weitere Erläuterung hierzu dürfte unnötig sein.

Bei den Ausgaben sind die Prozente an die Lokalkassen nicht mitgerechnet, weil über ihre Verwendung in früheren Jahren zahlenmäßige Angaben nicht vorliegen. Jedenfalls wird ein ganz erheblicher Teil davon zu Unterstützungszwecken, namentlich bei Streiks, verwendet. Das Gesamtbild würde sich also bei Einfügung der betreffenden Summe kaum wesentlich ändern.

Der Vergleich zeigt allen, die es sehen wollen, daß die Leistungsfähigkeit des Verbandes in den letzten 15 Jahren ganz enorm gestiegen ist. Sie wird aber noch mehr steigen, wenn die Zahl der Mitglieder weiter wächst wie bisher. Für die weitere Ausbreitung des Verbandes zu sorgen, liegt also im ureigenen Interesse aller Mitglieder. Möge das jeder beherzigen.

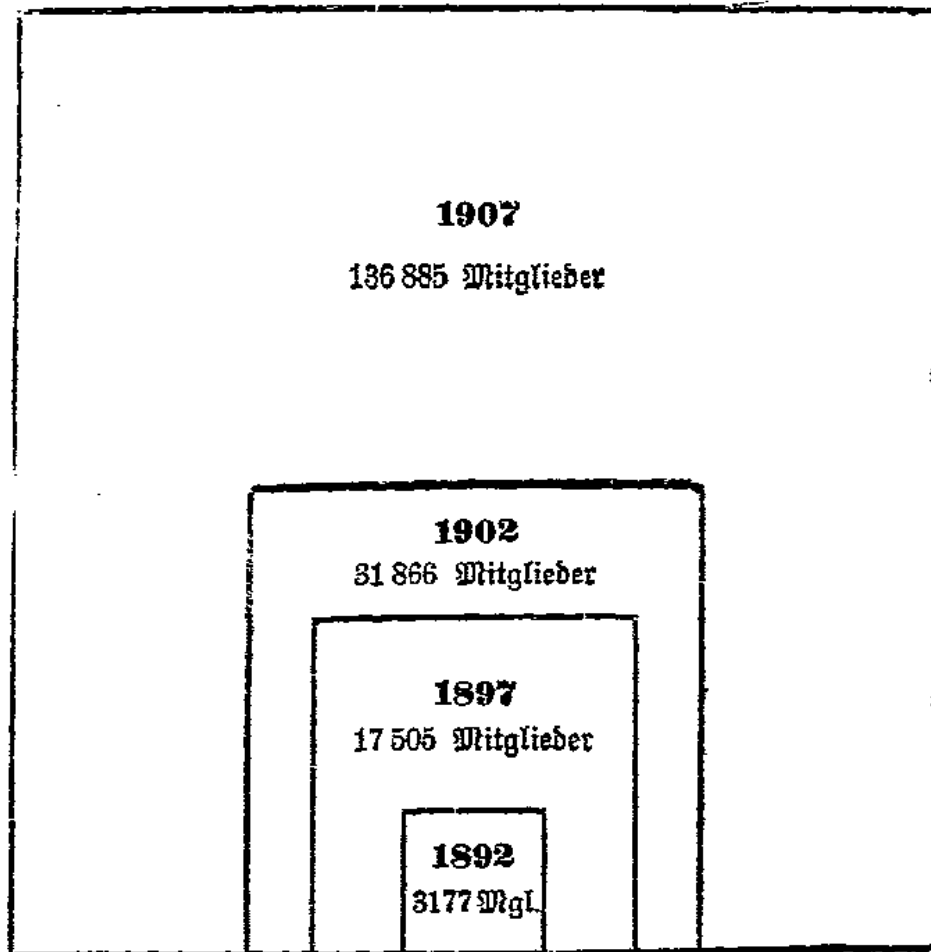


Gesamt-Ausgabe: 1 272 271 M.

124 310 M.

29 218 M.

4756 M.



Wirtschaftliche Rundschau.

Vom Markt der Brennmaterialien — Aus der Eisenindustrie — Preispolitik der Rohmaterialien und Halbzeugverbände — Textilindustrie — Baumarkt — Geldmarkt — Zementindustrie.

In den letzten Wochen haben sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen noch um einige Nuancen verschlechtert. Von dem Rückgang der Konjunktur ist nun auch recht kräftig die Kohlenindustrie erfaßt worden. Das Nachlassen des Verbrauchs an Brennmaterialien trat zunächst in der Kohlenförderung nicht in vollem Umfang in Erscheinung. In der vorausgegangenen Periode der nicht zu befriedigenden Nachfrage waren sämtliche Lager geräumt worden. Als die Förderung wieder über den Bedarf hinausging, versorgte man mit den überschüssigen Mengen die Vorratskammern, so die Werke und Verbände in der Kohlenindustrie, die bisher sich wenig darum gekümmert hatten, ob ihre regelmäßigen Kunden die benötigten Mengen erhielten, Reklamationen wegen Lieferverzuges kaum oder gar nicht beantworteten, nötigen nun den Händlern große Quantitäten auf, um möglichst lange in dem bisherigen Umfang produzieren zu können. Nachdem nun alle solche Abflüsse überladen sind, macht sich der industrielle Winderverbrauch an Brennmaterialien auch in der Kohlenindustrie fühlbar geltend. Der Kohlenbedarf ist hinterher vor einigen Wochen beschlossener Förderbeschränkung des heimisch-weißen Kohlen Syndikats, in Köln von 15 Prozent für Kohlen und 35 Prozent für Koks, teilweise erheblich zurückgeblieben. Die Becken haben verschiedentlich schon enorme Quantitäten auf Lager

gestürzt; Feierschichten sind eingelegt worden, so daß auch die Arbeiter in unangenehmer Weise von dem Rückschlag betroffen wurden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß auf der am 21. April stattfindenden Bechensbesitzerversammlung die Einschränkung der Kohlenförderung und Koksproduktion noch erhöht wird. Wenig rosig sieht es in der Eisenindustrie aus. Bisher war die Lage für die großen Walzwerke noch einigermaßen günstig, indem diese in verstärktem Maße sich auf die Fertigstellung von Eisenbahnmaterial für Rechnung des Fiskus verlegen konnten. Nun hat die staatliche Eisenbahnverwaltung die Aufträge erheblich eingeschränkt, so daß nun auch für die betreffenden Werke der Arbeiterlohn auf ein Minimum zusammenschrumpfte. Damit wurde die Jagd nach den wenigen an den Markt kommenden Aufträgen noch verschärft, was einen starken Preisdruck auf Walzwerkserzeugnisse zur Folge hatte. Damit ist für diejenigen Unternehmen, die Rohmaterial, z. B. Kohlen, Koks, Blöcke oder andere Eisenhalbzeug kaufen müssen, eine schwierige Lage geschaffen. Die Syndikate der Rohmaterial- und Halbzeugproduzenten folgen mit ihren Preisen denen der Fertigerzeugnisse überhaupt nicht, oder gehen damit, wie es das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat machte, gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges sogar noch hinauf. Und so müssen die verarbeitenden Werke die hohen Materialpreise zahlen, während die Preise für die Fertigerzeugnisse unter der Konkurrenz der sogenannten gemischten Werke, das sind die Unternehmen, deren Betriebe alle Produktionsphasen, von der Gewinnung der Kohlen bis zur Herstellung fertiger Walzwerkserzeugnisse umfaßt, stark heruntergegangen sind. Die gemischten Werke verdienen an den Rohmaterialien soviel, daß sie auf profitable Preise in der Weiterverarbeitung verzichten

können. Die verarbeitenden Werke aber, die unter dieser Ungunst zu leiden haben, sind nicht mehr in der Lage, auf dem Auslandsmarkt zu konkurrieren, weil die Verbände, die ihnen die hohen Rohmaterial- und Halbzeugpreise aufnötigen, dieselben Artikel billiger an das Ausland abgeben. Dadurch geht dem deutschen Arbeiter ein ziemliches Quantum Arbeit verloren; die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern sich. Das ist der Segen der vielgerühmten Syndikalpolitik! Diese tritt in marianter Weise durch des allgemeine Preisniveau in Erscheinung. In den Geschäftsberichten der diversen Unternehmen, durch willige Federn in der Unternehmerpresse, wird seit Jahr und Tag auf die gestiegenen Löhne hingewiesen. Daß die Steigerungen meist nicht einmal ausreichen, die Verteuerung der Lebenshaltung durch Lebensmittelwucher wieder auszugleichen, das verschweigt man schamlos. Allerdings, die Gewaltigen der Rohmaterial- und Halbzeugverbände haben zu solcher Diskretion genügend Veranlassung. Wie sie geholfen haben, durch Unterstützung der Schutzpolitik einem Häuflein Junker ungezählte Millionen zuzuschütten, so haben sie selbst sich auch dreimal soviel, an der Pflanzung der Gesamtheit durch ihre struppellose Preispolitik teilgenommen. Wenn die Löhne um 5 Prozent zugenommen haben, dann stiegen die Rohmaterialienpreise um mindestens 20 Prozent. Heute, im Zeichen der Krise, sind die Preise mancher Rohmaterialien noch höher als während des Hochkonjunkturjahres 1900. Den materiellen Vorteil der relativen und absoluten Produktionssteigerungen, als Folge technischer Fortschritte, stecken Agrarier und die kleine Schar Großindustrieller ein; der Anteil der arbeitenden Bevölkerung besteht in — Mehr-

